

Unter Leitung von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) wählte das 34 Mitglieder zählende Gremium am 25. November 2009 in seiner konstituierenden Sitzung Bulling-Schröter zur neuen Vorsitzenden. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Horst Meierhofer

(FDP) benannt. Dem Umweltausschuß gehören in der 17. Wahlperiode 13 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, acht Vertreter der SPD und fünf Parlamentarier der FDP an. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stellen in dem Gremium jeweils vier Abgeordnete:

**CDU/CSU:** Michael Brand, Klaus Brähmig, Marie-Luise Dött, Maria Flachsbarth, Thomas Gebhart, Josef Göppel, Christian Hirte, Andreas Jung (Konstanz), Jens Koeppen, Ingbert Liebing, Georg Nüßlein, Michael Paul, Ulrich Petzold.

**SPD:** Dirk Becker, Gerd Bollmann, Marco Bülow, Oliver Kaczmarek, Bärbel Kofler, Mat-

tias Miersch, Frank Schwabe, Ute Vogt.

**FDP:** Angelika Brunkhorst, Michael Kauch, Lutz Knopek, Horst Meierhofer, Judith Skudelny.

**Die Linke:** Eva Bulling-Schröter, Ralph Lenkert, Dorothee Menzner, Sabine Stüber.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Hans-Josef Fell, Oliver Krischer, Hermann Ott, Dorothea Steiner. ●

## Forschungsreaktor AVR Jülich

# Reaktor und Regierung haben versagt

Von Horst Blume, Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm<sup>1</sup>

Am 18. Juli 2009 sorgte eine Vorabmeldung auf Spiegel-Online für Aufsehen und ein breites Medienecho von der Aachener Zeitung bis hin zum WDR: „Der Betrieb des 1988 abgeschalteten Forschungsreaktors in Jülich hat möglicherweise ein politisches Nachspiel. Wie der SPIEGEL in seiner jüngsten Ausgabe berichtet, geht das Bundesumweltministerium der Frage nach, ob Betreiber und Atomaufsicht in Nordrhein-Westfalen eventuell versagt haben. Hintergrund für den überraschenden Vorstoß ist die extrem starke radioaktive Kontamination des Reaktorkerns. Einer wissenschaftlichen Analyse zufolge ist der Forschungsreaktor über Jahre hinweg mit viel zu hohen Temperaturen betrieben worden und möglicherweise nur knapp an einer Katastrophe vorbeigeschlittert. Durch die Verwendung unausgereifter Brennelemente und die hohen Temperaturen, so Rainer Moormann, der Autor der Studie, der jahrelang in der Sicherheitsforschung in Jülich gearbeitet hat, sei der Reaktorkern mit extrem hohen Mengen radioaktiver Isotope verunreinigt. Nach Ansicht des Darmstädter Öko-Instituts handelt es sich aufgrund der hohen Kontamination um einen der „problematischsten Reaktoren weltweit“.“

Über diese Probleme berichteten die Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm auf ihrer Homepage, in ihrem Rundbrief sowie im Strahlentelex<sup>2</sup> zwar bereits vor einem Jahr, aber erst jetzt, nachdem ein renommiertes Nachrichtenmagazin sich dieser Nachricht annahm, bekam sie im Wahlkampf mehr Schwung. Denn der Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) und die Generation IV-Reaktoren sind nach Ansicht der schwarz-gelben Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen (NRW) besonders förderungswürdig und können bei einer entsprechenden parteipolitischen Konstellation auf Bundesebene die Renaissance der Atomkraft in Deutschland einläuten. Gerade jetzt kam ein kritischer Bericht für die Atomindustrie und ihren Parteien sehr ungelogen.

### Verstrahlter Reaktor

Der Spiegel schrieb in seiner Printausgabe vom 20. Juli 2009 über den 1988 stillgelegten jülicher THTR: „Der Reaktorkern ist mit hohen Mengen radioaktiver Isotope wie Cäsium-137 und Strontium-90 verseucht. Zudem schlummert in seinem Innersten eine tückische Fracht: 198 kugelförmige Brennelemente, teilweise mit hochangereichertem Uran, die sich verhakt haben und nicht mehr

herausholen lassen. In zwei Jahren soll der Kern in einem eigens gebauten Zwischenlager auf dem Gelände des Forschungszentrums eingeschlossen werden. Es ist einer der kompliziertesten und gefährlichsten Rückbauten einer Atomanlage, den die Welt bislang gesehen hat. Ein ganzer Reaktorkern, 2100 Tonnen schwer, wird aus seinem Gehäuse herausgeschnitten. Sieben Spezialkräne wuchten den 26 Meter hohen Koloss in die Horizontale und betten ihn dann auf einen gigantischen Luftkissenschlitten. Der Reaktor ist im Innern dermaßen radioaktiv kontaminiert, dass die Aufräumtruppe ihn noch nicht zerlegen und in Behälter einschweißen können. Seine Strahlung soll hinter tonnenschweren Betonwänden auf dem Forschungsgelände 30 bis 60 Jahre abklingen, bevor Sägeroboter ans Werk gehen können.“

### Radioaktivität im Grundwasser

Das Atomkraftwerk der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor Jülich (AVR Jülich) war der erste deutsche Hochtemperaturreaktor. Bei ihm handelt es sich mit seinen 15 Megawatt elektrischer Leistung um einen vergleichsweise winzigen Versuchsreaktor. Der ebenfalls pannen-trächtige THTR in Hamm-Uentrop hat eine zwanzigmal höhere Leistung. Welche Probleme beim Abbau ungleich größerer Reaktoren auftreten werden, ist völlig ungewiß. Der Spiegel beschrieb noch einen weiteren Störfall mit Folgen im jülicher Reaktor: „Den Reaktor wegen des bau-

artbedingten Sicherheitsrisikos vorzeitig stillzulegen, kam den Betreibern nicht in den Sinn, auch nicht, als 1978 rund 30 Kubikmeter Wasser aus einem leckenden Rohr in den Reaktor tropften. Es wurde nur abgepumpt. Selbst dabei passierten Fehler. Ein Teil des Wassers lief durch eine Bodenfuge ins Grundwasser. 21 Jahre später wurde bei einer Routinemessung in einem Regenwasserkanal Strontium-90 aufgespürt. (...) Wie bei der Anlage in Karlsruhe sind auch in Jülich die Kosten der Entsorgung explodiert: Am Anfang wurden 34 Millionen D-Mark veranschlagt, inzwischen ist von 500 Millionen Euro die Rede – allein für die Reaktorentsorgung.“

Nun liess Umweltminister Gabriel wenige Wochen vor dem Ende seiner Amtszeit pikantes prüfen, ob Betreiber und Atomaufsicht in NRW, dem altsozialdemokratischen Musterland, etwas falsch gemacht haben. Also ob die SPD-Landesregierung (am Kernforschungszentrum Jülich beteiligt) und die am AVR-Reaktor ebenfalls beteiligten SPD-geführten Kommunen jahrzehntelang versagt haben.

Originell ist Gabriel ja. Er prüfte sogar, ob er selbst als Umweltminister von Niedersachsen bei Asse untätig war....

### Kritische Studie stört

Auch die NRW-Grünen sind nicht untätig geblieben und beantragten am 24. Februar 2009 einen Bericht der Landesregierung über neue Erkenntnisse über die AVR-Pro-

bleme. Denn: Unter dem Titel „Eine sicherheitstechnische Neubewertung des Betriebs des AVR-Kugelhaufenreaktors und Schlussfolgerungen für zukünftige Reaktoren“ hatte Dr. Rainer Moormann vom Institut für Sicherheitsforschung und Reaktortechnik des Forschungszentrums Jülich im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht, die erhebliche Zweifel an der Sicherheit des früheren Betriebs des AVR Jülich im speziellen und an dem Konzept der Kugelhaufenreaktoren im allgemein aufkommen lässt.<sup>2</sup> Dieser Veröffentlichung zufolge scheinen unkontrolliert hohe Temperaturen (über 1.100 °C) hauptverantwortlich für die starke radioaktive Kontamination des Reaktorbehälters zu sein. Es ist davon auszugehen, dass demnach der AVR weit außerhalb sicherheitstechnisch zulässiger Grenzen betrieben wurde – einschließlich aller damit verbundenen Risiken.

Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW betonte in seiner Antwort vom 30.06.2009: „Abschirmung und Einschluss haben ausreichende Vorsorge gegenüber hoher Primärkreiskontaminationen geboten. So wurde auf ein Konzept mit kompaktem Einschluss aller Primärkomponenten in einem doppelwandigen Reaktordruckgefäß gesetzt, welches wiederum von einem druckfesten Containment (Schutzbehälter) umschlossen ist.“

### **NRW-Landesregierung gibt zu: 1.280 °C sind heiß!**

Darüber hinaus kam das Haus von NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) nicht darum herum, die Angaben der neuen jülicher Studie offiziell zu bestätigen: „1986 wurde eine erneute Temperaturmessung mit Schmelzdrahtkugeln im Reaktorkern durchgeführt, bei der an den entnommenen Temperaturmesskugeln teilweise höhere Tem-

peraturen festgestellt wurden, als auf Grundlage der Heißgastemperaturmessung zu erwarten gewesen wären. Im Ergebnis der Auswertung der Temperaturmessung wurden lokal im Reaktorkern gegenüber den erwarteten Brennelementbetriebstemperaturen von 1.100-1.200°C erhöhte Brennelementbetriebstemperaturen oberhalb von 1.280°C festgestellt. Die Tatsache hoher Kerntemperaturen, die mittels der Schmelzdrahtversuche durch den Betreiber festgestellt wurden, wird im Bericht Jül-4275 richtig beschrieben.“

Allerdings relativierte die CDU/FDP-Landesregierung das Ergebnis der kritischen Studie. Die Radioaktivität konnte aus den Kugeln entweichen, aber da gab's glücklicherweise noch eine weitere Barriere: „Die in der Anfrage angesprochenen ‚unkontrolliert hohen Temperaturen‘ gemäß Bericht Jül-4275 beziehen sich auf die Spaltproduktfreisetzungen aus Brennelementen bei Betrieb mit erhöhten Brennelementtemperaturen und die damit verbundenen Kontaminationsbeiträge innerhalb des Reaktorbehälters. (...) Insbesondere fand der damalige Betrieb des AVR-Versuchskernkraftwerkes, wie oben ausgeführt, innerhalb des genehmigten Rahmens statt und nicht außerhalb der sicherheitstechnisch zulässigen Grenzen, wie in der Anfrage von Herrn Priggen vermutet.“

### **Gabriel untersuchte NRW-Altgenossen**

Gabriels Altgenossen in NRW, denen die CDU/FDP-Koalition hiermit einen nachträglichen Persilschein ausgestellt hat, werden es mit Zufriedenheit zur Kenntnis nehmen. Die Studie des kritischen Wissenschaftlers Rainer Moormann hat inzwischen so viel Staub aufgewirbelt, dass im Licht dieser Erkenntnisse der nukleare Heiligenschein der Generation IV-Reaktoren

sogar auf internationaler Ebene verblasst. Zu offensichtlich liegen die Probleme des Kugelhaufenreaktors auf der Hand. Wenn CDU und FDP immer noch auf diese Reaktorlinie setzen, zeigt das nicht wie borniert und verblindet sie sind. Das sind viele andere auch, die Freunde des sozialdemokratischen Staatsreaktors THTR haben es in den 1960er und 70er Jahren vorgemacht. Aber mit der zentralistischen Atomenergie können die Energiekonzerne genauso wie mit der zentralistischen Sonnenenergie aus Afrika oder riesigen Kohlekraftwerken sehr viel Geld verdienen. Dies ist der Kernpunkt.

1. [www.reaktorpleite.de](http://www.reaktorpleite.de), [horstblume@thtr-a.de](mailto:horstblume@thtr-a.de)
2. Horst Blume: Inhärente Störfälle und Radioaktivitätsabgaben bei HTR-Linie, Strahlentelex 522-523 vom 02.10.2008, [www.strahlentelex.de/Stx\\_08\\_522\\_S07-08.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_08_522_S07-08.pdf)

### **Atom Müll**

## **Gorleben, Morsleben, Asse, Karlsruhe, Sibirien**

### **Bürgerinitiative befürchtet: Die Atomwirtschaft soll die Regie in Gorleben übernehmen**

Die Federführung in Gorleben soll einem der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danzenberg (BI) gegebenem Hinweis zufolge vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auf die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) übergehen. Das sei von der schwarz-gelben Regierungskoalition bereits beschlossen. Auf ein Dementi aus dem Bundesumweltministerium reagierte die

Bürgerinitiative mit dem Hinweis auf ein seit 32 Jahren auf Eis liegendes Atomrechtliches Genehmigungsverfahren in Gorleben und der Befürchtung, daß die „Pro-forma-Politik“ unter Schwarz-Gelb fortgesetzt werden soll.

Bisher, so die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danzenberg, obliege es dem BfS, die Endlagerung radioaktiver Abfälle zu besorgen. Bisher wurde das Projekt in Gorleben nach dem Bergrecht vorangetrieben, das eine Öffentlichkeitsbeteiligung und allgemeine Klagebefugnis ausschloß, obwohl ein Antrag auf Planfeststellung nach Paragraph 9b des Atomgesetzes (AtG) am 28. Juli 1977(!) beim niedersächsischen Sozialminister gestellt worden war. Dieser Antrag bezog sich auf eine Anlage zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle im Rahmen des am Standort Gorleben geplanten integrierten Entsorgungszentrums. „Das ist alles völlig überholt, denn die Pläne zum Ausbau eines Nuklearen Entsorgungszentrums wurden schon 1979 als Folge des anhaltenden Widerstands im Wendland von der damaligen Regierung Albrecht (CDU) aufgegeben“, erinnert die BI. Das BfS räumt auf seiner aktuellen Homepage vom 18.11.2009 ebenfalls ein, „dass die Erkundungsarbeiten in Gorleben auf einem bergrechtlichen Rahmenbetriebsplan beruhen, der das Projekt unter den Randbedingungen von vor über 25 Jahren beschreibt. Diese sind teilweise überholt, wie z.B. die Tatsache, dass rund 95 Prozent der damals angenommenen Abfälle nicht mehr anfallen beziehungsweise nicht mehr in Gorleben entsorgt werden sollen. Darüber hinaus sieht die bisherige Rechtsgrundlage bei der Erkundung keine förmliche Beteiligung der interessierten und vom Projekt betroffenen Bevölkerung vor.“

Unterschlagen werde auf der